



UNSERE ZUKUNFT >>

NEU DENKEN >>

Liebe Gmündner:innen!

Der Frühling entfaltet sich langsam und bringt positive Energien für Mensch und Natur.

Wir freuen uns, euch wieder einen Einblick in die Geschehnisse rund um die SPÖ Gmünd und unserer schönen Künstlerstadt zu geben!

AUS DER GEMEINDE

Die Einstellung des Kindergartenbusses: Ein kritischer Einschnitt in die Kinderbetreuung

Am 10. September 2012 nahm das KIZE – Kinderbetreuungszentrum Fischertratten – seinen Betrieb auf. Zwölf Jahre später, im Jahr 2024, wurde eine zentrale Leistung der Stadtgemeinde Gmünd aus Kostengründen eingestellt: der Kindergartenbus. Dieses Transportmittel war einst ein zentrales Versprechen, als der Kindergarten in der Holztratte aufgelöst und das interkommunale Erfolgsprojekt mit Malta und Gmünd ins Leben gerufen wurde. Nun fehlt eine essenzielle Verbindung zwischen dem Stadtzentrum von Gmünd und dem KIZE, das rund fünf Kilometer entfernt liegt.

Ein Mobilitätskonzept ohne Kindergartenbus

Parallel zur Einstellung des Kindergartenbusses wurde im Lieser-/Malatal ein neues Mobilitätskonzept entwickelt. Doch in diesem Konzept wurde der Kindergartenbus schlichtweg nicht berücksichtigt. Die Einführung des neuen Systems hat zudem dazu geführt, dass die Preise für gemeindenahe Mobilitätsangebote, wie den Kindergartenbus, steigen, da die vorhandenen Kapazitäten bereits ausgeschöpft sind.

Politische Initiative zur Wiedereinführung

Die SPÖ Gmünd hat auf diese problematische Entwicklung reagiert und in der Gemeinderatssitzung am 20. Dezember 2024 einen Antrag gestellt, aufgrund einer Unterschriftenliste aus der Bevölkerung zur Wiedereinführung des Kindergartenbus. Der Antrag fordert:

„Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Gmünd in Kärnten möge die Wiedereinführung/Integration des Kindergartenbusses von Gmünd (Zentrum) zum Kindergartenzentrum Fischertratten durch die Kärntner Linien mit einer Bereitstellung von Betreuungspersonen für die Kinder im Bus beschließen.“

Gesetzliche Vorgaben zur Kinderbetreuung im Transport

Das neue Kärntner Kinderbildungs-

und Betreuungsgesetz (K-KBBG) regelt in §10 die Gruppengröße in Bildungseinrichtungen und in §11 den Betreuungsschlüssel. Demnach muss pro zehn Kindergartenkindern eine Betreuungsperson anwesend sein. Für den Betrieb des Kindergartenbusses wurde seitens des Landes Kärntens mitgeteilt, dass es im Verantwortungsbereich der Eltern liegt, wie ihr Kind zum Kindergarten kommt. Bei der Beförderung von Kindergartenkindern gilt das neue Kärntner Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz nicht. De facto müsste keine Betreuung für den Kindergartenbus bereitgestellt werden. Ein Blick nach Salzburg zeigt, dass es dort eine „Richtlinie für die Beförderung von Kindern zum Kindergarten“ gibt. Diese legt fest, dass in Fahrzeugen mit neun Sitzplätzen eine Betreuungsperson anwesend sein muss, wobei diese Rolle auch vom Fahrer übernommen werden kann.

Dringender Lösungs- und Finanzierungsbedarf durch das Land Kärnten

Die Bereitstellung von Betreuungspersonen stellt eine zusätzliche Herausforderung dar, da das KIZE aufgrund begrenzter Personalkapazitäten diese nicht mehr übernehmen kann. Das es nur logisch erscheint dem Beförderungsmittel zum Kindergarten in ausreichender Form Betreuungspersonal zur Verfügung zu stellen, da die Eltern sonst ihre Aufsichtspflicht verletzen könnten, wäre nun ein Lösungsvorschlag seitens des zuständigen Verkehrslandesrat notwendig. Nicht nur die Anpassung des Mobilitätskonzepts mit einer eigenen Kindergarten Bus-Linie vom Stadtzentrum bis zum KIZE mit Zwischenstopp beim Schloßbichl und bei der Grünleiten wäre durch die Kärntner Linien zu gewährleisten, auch die zur Verfügung Stellung von Betreuungspersonal in Anlehnung an das neue Kärntner Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz wäre angemessen. Angesichts der finanziellen Einschränkungen der Gemeinden wäre eine Übernahme dieser Betreuungsleistung durch das Land Kärnten unumgänglich, um eine tragfähige Lösung zu gewährleisten.

Mobilität für Kinder und Jugendliche, aber richtig

Ein weiteres Problem im generellen Mobilitätskonzepts des Landes Kärntens ist, dass die Schüler- und Lehrlingsfreifahrten nur auf die Strecken von zuhause bis zum Schulort bzw. bis zur Ausbildungsstätte und zurück beschränkt sind. Damit Kindern- und Jugendlichen mehr Mobilität zugesprochen werden kann, wäre die Ausweitung der Schüler- und Lehrlingsfreifahrt auf alle Strecken in ganz Kärnten sinnvoll und würde im späteren Leben zu mehr Mobilität auf Öffentliche Verkehrsmittel führen, somit auch die CO2 Bilanz senken. Die öffentlichen Verkehrsmittel fahren ohnehin, damit wären sie auch mehr ausgelastet.

Die politische Zukunft Österreichs

Die politische Landschaft Österreichs steht vor entscheidenden Weichenstellungen. Nach der Nationalratswahl 2024 gestaltete sich die Regierungsbildung als komplexe Herausforderung, die die Zukunft des Landes nachhaltig prägen wird. Vizebürgermeister Philipp Schober aus dem Wahlkreis Kärnten West betonte in einer Presseaussendung am 5. Oktober 2024: „Zum Gesamtergebnis möchte ich sagen, dass ich der Meinung bin, dass die beiden stärksten Parteien versuchen sollten, eine Regierung zu bilden. Erst wenn dies nicht gelingt, kann man über die Übernahme von Verantwortung bei der Sozialdemokratie sprechen.“ Nachdem sowohl die ÖVP unter Karl Nehammer im ersten Durchgang von Verhandlungen als auch die FPÖ unter Herbert Kickl im zweiten Durchgang von Verhandlungen keine tragfähigen Mehrheiten erreichen konnten, ist es nun der neuen Koalition unter Christian Stocker von der ÖVP und Andreas Babler von der Sozialdemokratie gemeinsam mit den NEOS gelungen, eine stabile Regierungsbasis zu schaffen, um einen politischen Neustart für Österreich zu schaffen.

In einer Demokratie gilt immer: Wer 50 % plus eine Stimme hinter sich vereinen kann, hat eine Regierungsmehrheit und somit die Legitima-

AUS DER GEMEINDE

tion zu regieren. Mit Andreas Babler als Vizekanzler wird diese Koalition nun die Weichen für die Zukunft des Landes stellen. Doch politische Kompromisse sind unabdingbar, um eine lange stabile Regierungszeit zu gewährleisten. Dazu braucht es dringend auch:

Ein neues Verständnis von (Volks-) Wirtschaft

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen müssen mit den gesellschaftlichen und technologischen Entwicklungen Schritt halten. Bereits 1930 prognostizierte der Ökonom John Maynard Keynes, dass Menschen im 21. Jahrhundert nur noch 15 Stunden pro Woche arbeiten würden. Seine Annahme basierte auf der steigenden Produktivität durch Industrialisierung und technischen Fortschritt. Tatsächlich haben Digitalisierung und künstliche Intelligenz die Produktivität enorm gesteigert, doch die Normalarbeitszeit beträgt nach wie vor 40 Stunden pro Woche. Warum profitieren Arbeitnehmer nicht im gleichen Maße von diesen Entwicklungen? Eine Zukunftsfrage, die auch von der neuen österreichischen Bundesregierung beantwortet werden muss.

Eine weitere Aufgabe, die dringlich gelöst werden muss für die politische Zukunft von Österreich, ist ein Kompromiss in der Budgetpolitik. Die aktuellen EU-Konvergenzkriterien, die im Maastricht-Vertrag festgelegt wurden, stammen aus einer anderen ökonomischen Epoche und bedürfen einer Anpassung an die heutige Realität.

Die Maastricht-Kriterien – veraltet?

Die Maastricht-Kriterien setzen strenge fiskalpolitische Regeln:

- Das öffentliche Defizit darf nicht mehr als 3 % des BIP betragen.
- Der öffentliche Schuldenstand darf nicht mehr als 60 % des BIP betragen.
- Die Inflationsrate darf maximal 1,5 % über jener der drei preisstabilsten Mitgliedstaaten des Vorjahres liegen.

Diese Regeln wurden in einer wirtschaftlich anderen Zeit aufgestellt.

Doch die Weltwirtschaft hat sich gewandelt. Die Frage ist, ob neue Ansätze notwendig sind. Eine Alternative könnte die Modern Monetary Theory (MMT) sein.

Die Kernideen der MMT

- 1. Der Staat als Geldschöpfer.** Ein Staat, der seine eigene Währung kontrolliert (z. B. die USA mit dem US-Dollar oder Großbritannien mit dem Pfund), kann theoretisch unbegrenzt Geld erschaffen. Er ist also nicht auf Steuereinnahmen oder Schulden angewiesen, um Ausgaben zu finanzieren.
- 2. Steuern haben eine andere Funktion.** Nach der MMT werden Steuern nicht primär erhoben, um Staatsausgaben zu decken, sondern um Inflation zu steuern und die Einkommensverteilung zu regulieren. Wenn der Staat zu viel Geld in Umlauf bringt, kann er durch höhere Steuern die Nachfrage senken und so Inflation vermeiden.
- 3. Staatsschulden sind nicht zwingend problematisch.** Da der Staat sein eigenes Geld herausgibt, muss er sich nicht wie ein privates Unternehmen Sorgen um die Rückzahlung von Schulden machen. Solange Inflation und Produktionskapazitäten im Blick behalten werden, kann der Staat mit Defiziten wirtschaftliches Wachstum und Vollbeschäftigung fördern.
- 4. Arbeitsmarkt und Vollbeschäftigung.** MMT befürwortet staatliche Jobgarantie-Programme, um Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Der Staat kann Arbeitsplätze schaffen und direkt finanzieren,

anstatt sich auf den privaten Sektor zu verlassen.

Diese Theorie betrachtet Staatsausgaben als Investitionen, die langfristige Vermögenswerte schaffen können. Investitionen sollten daher demokratisch legitimiert finanziert werden – entweder durch neue Schulden oder wir brauchen bei Einhaltung der Maastricht-Kriterien eine Vermögenssteuer, damit nicht wieder die Mitte der Gesellschaft die Einhaltung der Kriterien bezahlt.

Die neue Mitte oder eine Rückkehr zur ursprünglichen Mitte?

Der politische Diskurs in Österreich hat sich in den letzten Jahren nach rechts verschoben. In diesem Kontext stellt sich die Frage: Ist Andreas Babler nicht eigentlich die ursprüngliche Mitte?

Historisch betrachtet war die Sozialdemokratie in Österreich stets ein Garant für sozialen Ausgleich, wirtschaftliche Stabilität und demokratische Werte. Eine progressive Politik, die soziale Gerechtigkeit, wirtschaftliche Vernunft und moderne Investitionsstrategien vereint, könnte daher den Weg für eine neue Mitte bereiten.

Die politische Zukunft Österreichs hängt davon ab, ob es gelingt, gesellschaftlichen Zusammenhalt und wirtschaftlichen Fortschritt in Einklang zu bringen. Ein Vizekanzler Andreas Babler kann hierbei eine entscheidende Rolle spielen – vorausgesetzt, es finden sich tragfähige Kompromisse.



WOHNBEIHILFE

Die neue Wohnbeihilfe: Was sich jetzt ändert.

**Bis zu 42.000 Kärntner Haushalte unterstützt:
Hier finden Sie Informationen zur neuen Wohnbeihilfe**

Die Krisen und Teuerungswellen der letzten Jahre setzen die Bevölkerung in Kärnten stark unter Druck. So ist etwa die Anzahl der Anträge auf Hilfe in besonderen Lebenslagen kontinuierlich gestiegen. Sozialreferentin Gaby Schaunig dazu: „Wir haben diese Anträge sorgfältig und tiefergehend geprüft um festzustellen, wo genau die Probleme der Menschen liegen. Dabei hat sich gezeigt, dass sehr häufig Trennungen, Krankheiten oder eine unzureichende Rente im Alter als Antragsgrund genannt werden bzw. Ursache für Schwierigkeiten sind. Auch mussten wir feststellen, dass immer mehr Personengruppen finanzielle Sorgen haben und auch, dass einmalige Hilfen nicht mehr ausreichen, um diese Probleme langfristig zu lösen. Deshalb haben wir uns entschieden, die Wohnbeihilfe als Lösungsansatz zu wählen und umfangreich zu reformieren.“

Wo liegt der Unterschied zwischen Wohnbeihilfe und Betriebskostenunterstützung und was versteht man darunter genau?

Das Ziel der Wohnbeihilfe ist es, die finanziellen Belastungen durch Miet-, Betriebs- und Heizkosten zu reduzieren. Die Unterstützung wird monatlich ausbezahlt, der Antrag dafür ist beim Land Kärnten zu stellen. Gänzlich neu ist, dass nicht nur Mieterinnen und Mieter von dieser Unterstützung profitieren können. Seit 01.01.2025 ist es nun auch für (Mit-)Eigentümer:innen von Häusern oder Wohnungen und mit niedrigem Einkommen oder niedriger Pension möglich, eine monatliche Unterstützung zu beantragen. Das ist die sogenannte Betriebskostenunterstützung, die sich gezielt an

Personen mit Eigentum bzw. Eigenheim richtet, die keine Miete zahlen.

Wie wird die neue Wohnbeihilfe bzw. Betriebskostenunterstützung berechnet?

Bei der Miete ist zu beachten, dass eine Obergrenze für die Unterstützungswürdigkeit hinsichtlich der Mietkosten besteht - diese liegt bei

11,66 Euro je Quadratmeter (einschließlich Mehrwertsteuer/MwSt; ohne Betriebs- und Heizkosten). Durch diese Begrenzung soll verhindert werden, dass überbezahlte Wohnungen unterstützt werden. Die wichtigsten Faktoren für die Berechnung der Wohnbeihilfe sind aber das Einkommen und die Anzahl der Personen im Haushalt.

Die Höhe der Unterstützung errechnet sich, indem zunächst anhand des Haushaltseinkommens die zumutbare Belastung berechnet wird (jene Kosten, die die Personen selbst tragen müssen). Diese zumutbaren Kosten werden von den tatsächlichen Wohn- und Betriebskosten abgezogen. Die verbleibende Differenz ist die Wohnbeihilfe bzw. Betriebskostenunterstützung, die letztlich zur Auszahlung gelangt. Die maximale Höhe der Wohnbeihilfe beträgt 500 Euro pro Monat, bei der Betriebskostenunterstützung werden maximal 192,30 Euro im Monat gewährt.

Welche Voraussetzungen gibt es?

Um die Wohnbeihilfe zu erhalten, müssen Bürgerinnen und Bürger nachweisen, dass ihre Wohnkosten in Relation zu ihrem Einkommen unzumutbar hoch sind. So sind etwa insbesondere ältere Personen mit niedriger Pension besonders häufig durch steigende Wohnkosten belastet. Aber auch alleinerziehende Eltern werden gezielt und in einem höheren Ausmaß als bisher unterstützt. Eine weitere Voraussetzung ist etwa die regelmäßige und ganzjährige Bewohnung der Wohnung oder des Hauses. Alle notwendigen Informationen und Voraussetzungen sind auf der offiziellen Webseite des Landes Kärnten unter www.ktn.gv.at verfügbar.



Foto: Helge Bauer

BILDUNGSINITIATIVEN

SPÖ KÄRNTEN



Verleihung des ersten „Taschengeld-Führerschein MINI“ Österreichs, im Kindergarten Glandorf in St. Veit

BILDUNGSINITIATIVEN AM START!

Ob handyfreier Schulunterricht oder mehr Finanzwissen für unsere Jüngsten – Auch im zweiten Halbjahr gibt es viel Bewegung in der Bildung.

Störungsfreier Unterricht

Mit dem Vorstoß, das Handy aus dem Schulunterricht zu verbannen, nimmt der Bildungsreferent des Landes Kärnten, Landesrat Daniel Fellner, eine Vorreiterrolle in ganz Österreich ein. „Es war wichtig, mit diesem Vorhaben rasch weiterzukommen. Wir schaffen damit weitere, wichtige Rahmenbedingungen für eine geschützte und gesunde Entwicklung unserer Kinder“, so Fellner. Erfreut zeigt sich der Bildungsreferent über die geplante Umsetzung des Handyverbot auf Bundesebene. „Das war eines der ersten Themen in meinem Gespräch mit dem neuen Bildungsminister, Christoph Wiederkehr. Ich freue mich natürlich darüber, dass wir hier dieselbe Richtung einschlagen und den Worten rasch Taten folgen.“

Geldhelden von morgen

Ein weiteres Herzensthema des Bildungslandesrates ist die Finanzbildung unserer Jugend. Bereits seit dem Jahr 2023 setzt man gemeinsam mit der Schuldnerberatung

Kärnten den Taschengeld-Führerschein in Volksschulen, Taschengeld-Führerschein PROFI in Mittelschulen und Gymnasien, den Finanzführerschein in PTS, FBS Fachschulen sowie Finanz-Workshops an höheren Schulen „höchst erfolgreich“ um. Tausende Zertifikate wurden seither

an Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene verliehen.

Nun kommt ein weiteres Steckpferd hinzu, der Taschengeld-Führerschein MINI. Hier geht es um Finanzbildung unserer Jüngsten, nämlich im Kindergarten. Fellner: „Elementarpädagogische Einrichtungen sind die ersten Bildungseinrichtungen unserer Jüngsten außerhalb ihres Zuhauses. Hier erfahren unsere Kinder mit Neugier viele wichtige Dinge des Lebens. Und weil auch Geld ein ganz essenzieller Bestandteil unseres Alltags ist, bringen wir damit dieses wichtige Thema zu ihnen. Damit startet ein in dieser Form bisher einzigartiges Projekt in Sachen Präventionsarbeit. Eines, das unseren Kindern auf spielerische Art und Weise die Welt des Geldes näherbringt und sie so nachhaltig auf ihr weiteres Leben vorbereitet.“ Der erste Workshop „Geldhelden von morgen – so werde ich zum Geldexperten“ fand Mitte März in St. Veit statt.



INTERVIEW MIT VIZEKANZLER ANDI BABLER



GEMEINSAM werden wir Österreich wieder auf Kurs bringen!

Vor kurzem wurde das SPÖ-Regierungsteam unter der Führung von Vizekanzler Andi Babler angelobt. Mit dem Finanzressort, dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz und dem Infrastrukturministerium übernimmt die SPÖ zentrale Schlüsselressorts in der Republik. Wir haben mit Andi Babler über die sozial gerechte Budgetsanierung und geplante Offensivmaßnahmen für ein gutes Leben für alle gesprochen

Lieber Andi, die SPÖ ist nach sieben Jahren wieder in der Regierung, du bist Vizekanzler. Was bedeutet das für dich?

Der Eintritt in die Regierung ist eine riesengroße Verantwortung, die ich mit viel Demut annehme. Es ist eine große Ehre für mich, Vizekanzler der Republik sein zu dürfen und unser Land aktiv gestalten zu können. Wir haben ein starkes SPÖ-Regierungsteam mit großer Erfahrung und enormer Expertise. Und wir haben ein Regierungsprogramm mit starker sozialdemokratischer Handschrift vorgelegt. Dieses Programm ist ein großer Wurf mit vielen roten Erfolgsprojekten für ein leistbares Leben, sichere Arbeitsplätze und ein starkes Gesundheitssystem. Gemeinsam mit unserem Regierungsteam, unseren Abgeordneten, Funktionär*innen und Mitgliedern werden wir das Programm umsetzen. Wir werden Österreich wieder auf Kurs bringen!

Die Koalitionsverhandlungen haben lange gedauert, zum Schluss ist es dann aber schnell gegangen. Wie werden SPÖ, ÖVP und NEOS zusam-

menarbeiten?

Ich bin froh und erleichtert, dass die konstruktiven Kräfte in Österreich nach intensiven Verhandlungen zusammengefunden haben und Verantwortung übernehmen. Herbert Kickl ist krachend gescheitert. Die FPÖ im Kanzleramt hätte Österreich schwer geschadet. Sie hätte unseren Sozialstaat gefährdet, die Demokratie und Menschenrechte ausgehöhlt und Österreich isoliert. Die Dreierkoalition tritt dem Hass und der Hetze der Kickl-FPÖ entgegen und stellt das Gemeinsame vor das Trennende. Wir nehmen das große Ganze in den Blick und werden für Stabilität und Handlungsfähigkeit sorgen.

Besonders wichtig war dir immer, dass das Budget sozial gerecht saniert wird. Ist das gelungen?

Wir befinden uns in schwierigen Zeiten. Das Budgetdefizit ist eine große Herausforderung. Darum ist für uns klar, dass breite Schulter größere Lasten tragen müssen. Diesen Grundsatz konnte die SPÖ nach langen Verhandlungen im Regierungsprogramm verankern. Die Bankenabgabe wird deutlich erhöht und der

Energiesektor, Privatstiftungen und Immobilienunternehmen leisten einen größeren Beitrag zur Budgetsanierung. Damit schaffen wir Spielräume, um notwendige Offensivmaßnahmen in den Bereichen Arbeitsmarkt, Gesundheit und Bildung umsetzen zu können. Markus Marterbauer wird als Finanzminister dafür sorgen, dass das Budget sozial gerecht saniert wird und wir investieren können, um allen Menschen ein gutes Leben ermöglichen zu können.

Als Vizekanzler bist du unter anderem auch für die Bereiche Wohnen, Kultur und Sport zuständig. Welche Verbesserungen willst du in deinem Ressort erreichen?

Mir geht es um Leistbarkeit und leichten Zugang – Wohnen, Kultur und Sport müssen leistbar und für alle zugänglich sein. Darum freue ich mich, dass wir die Menschen in Österreich endlich entlasten und einen Ausgleich zur Rekordteuerung schaffen konnten. Es ist ein großer Erfolg, dass wir bereits zu Beginn der Legislaturperiode einen Mietpreisstopp durchsetzen konnten. Wir frieren die geregelten Mieten

INTERVIEW MIT VIZEKANZLER ANDI BABLER

SPÖ KÄRNTEN

ein und steigen auch bei den freien Mieten stark auf die Bremse. Für einkommensschwache Haushalte schaffen wir außerdem einen Sozialtarif bei der Energie – für ein sicheres Zuhause und leistbare Energie für alle Menschen in Österreich.

Österreich ist noch immer in der Rezession, die Arbeitslosenzahlen steigen. Wie willst du für eine starke Wirtschaft und mehr Beschäftigung sorgen?

Österreich auf Kurs zu bringen heißt, die Wirtschaft anzukurbeln und Arbeitsplätze zu schaffen. Korinna Schumann wird als Arbeits- und Sozialministerin genau dafür sorgen: Gute und sichere Jobs als Basis des Wirtschaftsaufschwungs. Mit einem Transformationsfonds werden wir den Wandel der Wirtschaft Richtung Klimaneutralität vorantreiben. Mit der Aktion 55Plus für ältere Langzeitarbeitslose und einer Fachkräftestrategie mit zusätzlichen Mitteln für das AMS stellen wir Mittel für unsere österreichischen Arbeitskräfte zur Verfügung und stärken die Beschäftigung in Österreich.

Auch im Gesundheitsbereich gibt es große Herausforderungen – Stichwort Wartezeit auf Arzttermine. Welche Hebel wird die Regierung hier in Bewegung setzen?

Wir haben eine Fülle von Maßnahmen vereinbart, um die gesundheitliche Versorgung in Österreich wieder auf den gewohnt hohen Standard zu bringen. Gemeinsam mit unserer Gesundheitsstaatssekretärin Ulrike Königsberger-Ludwig werden wir Erstversorgungszentren ausbauen und in Telemedizin investieren. So können wir die Wartezeiten verkürzen und eine bessere Versorgung in Stadt und Land garantieren. Und mit dem Einfrieren der Rezeptgebühr und der Arzneimittelobergrenze entlasten wir die Patient*innen.

Welche Priorität haben Klima- und Umweltschutz für die Regierung?

Wir werden den Klimaschutz stärken und setzen uns mit ganzer Kraft für eine lebenswerte Umwelt ein. Der Kampf gegen die Erderhitzung erhält Priorität und Schutzmaßnahmen vor den Auswirkungen der Klimakrise werden verstärkt. Zentral dabei ist der Ausbau des öffentlichen Verkehrs, der bei Infrastrukturminister Peter Hanke in den besten Händen ist. Er wird internationale Kooperationen

zur Verlagerung des Schwerverkehrs auf die Schiene forcieren.

Die Kindergrundsicherung und Bildungsgerechtigkeit waren wichtige Bausteine im SPÖ-Wahlprogramm. Finden sich diese Eckpfeiler im Regierungsprogramm wieder?

Gerade in den Bereichen Armutsbekämpfung und Stärkung der Bildungschancen sieht man die sozialdemokratische Handschrift des Programms. Mit der Kindergrundsicherung stärken wir die Kinderrechte und bekämpfen die Kinderarmut. Die Kindergrundsicherung umfasst unter anderem eine kostenlose gesunde Mahlzeit in Bildungseinrichtungen und eine bessere Gesundheitsversorgung für Kinder und Jugendliche. Um die Sprachförderung und Integration zu stärken, setzen wir mit dem zweiten verpflichtenden Gratis-Kinderjahr früh an. Die Ausbauoffensive von Kindergärten und Ganztagschulen mit mehr Unterstützungspersonal ist ein weiteres rotes Erfolgsprojekt im Regierungsprogramm.



Der Ausbau der Kinderbetreuung ist ein wichtiger Schritt, um Beruf und Familie besser unter einen Hut zu bringen. Welche Initiativen für Frauen konnte die SPÖ noch durchsetzen?

Das Regierungsprogramm sieht viele Verbesserungen für Frauen in Österreich vor. Als Frauenministerin wird Eva-Maria Holzleitner umsetzen, was es braucht: Die Stärkung von Frauen in allen Lebensbereichen, gleiche Einkommen und der Ausbau des Gewaltschutzes. Der Ausbau der Kin-

derbetreuung schafft die Grundlage für Vollzeitarbeit und finanzielle Unabhängigkeit. Frauen-Primärversorgungseinheiten stärken die Gesundheitsversorgung und durch die Steuerbefreiung werden Frauenhygieneartikel und Verhütungsmittel billiger.

Eine Einigung hat es auch bei der unabhängigen Bundesstaatsanwaltschaft gegeben.

Mit Anna Sporrer, der ehemaligen Vizepräsidentin des Verwaltungsgerichtshofs, konnten wir eine Top-Expertin als Justizministerin gewinnen. Sie wird umsetzen, wofür die SPÖ mehr als 20 Jahre gekämpft hat: die unabhängige Bundesstaatsanwaltschaft an der Spitze der Weisungskette der Justiz. Auf Vorschlag einer Expert*innenkommission aus Justiz, Wissenschaft, Verwaltung und Praxis wird sie durch das Parlament bestellt. Das ist ein Meilenstein für Rechtsstaat und Demokratie.

Für eine wehrhafte Demokratie ist der Kampf gegen Radikalisierung zentral. Welche Maßnahmen werden hier gesetzt?

Im Kampf gegen Radikalisierung geht es um Integration und Information. Eine wichtige Rolle wird dabei Jörg Leichtfried als Staatssekretär im Innenministerium einnehmen. Wir setzen auf Integration ab Tag 1 mit verpflichtenden Integrationsprogrammen zu Spracherwerb und Wertevermittlung. Um Extremismus den Nährboden zu entziehen, werden wir Online-Plattformen wie z.B. TikTok stärker regulieren. Gleichzeitig stärken wir unabhängigen Journalismus und die Medienbildung, indem wir mit dem „Meine-Zeitung-Abo“ Qualitätsmedien für junge Menschen leichter zugänglich machen.

Zum Abschluss ein Blick in die Zukunft: In welche Richtung wird Österreich bis 2029 entwickeln?

Wir haben ein starkes Team – mit viel Erfahrung, enormer Expertise und großer Empathie. Und wir haben ein Regierungsprogramm mit zahlreichen sozialdemokratischen Leuchttürmen. Gemeinsam werden wir mit viel Leidenschaft, mit Engagement und großem Einsatz unsere roten Erfolgsprojekte umsetzen. Ich bin fest überzeugt, dass Österreich 2029 sozialer, demokratischer und gerechter ist. Wir werden die Lebensbedingungen spürbar verbessern und den Menschen wieder Chancen und Zuversicht geben.

AKTUELLES AUS
DEM PARLAMENT

Höherer Krankenversicherungsbeitrag in der Pension kommt zu 100 Prozent den Pensionistinnen und Pensionisten zugute

So wie das Budget insgesamt ist auch der Haushalt der Krankenversicherung unter Druck. ÖVP, SPÖ und NEOS werden die KV-Beiträge von Pension von 5,1 auf 6 Prozent erhöhen. Die zusätzlichen Einnahmen helfen, die Gesundheitsleistungen zu verbessern und ältere Menschen bei den Rezeptgebühren zu entlasten.

Erwerbstätige Arbeiter und Angestellte zahlen einen Beitrag zur Krankenversicherung in Höhe von 7,65 Prozent ihres Bruttolohns (jeweils zu Hälfte Dienstnehmer- und Dienstgeberanteil).

In der Pension liegt der Beitrag derzeit bei 5,1 Prozent. Der wird - so die Vereinbarung von ÖVP, SPÖ und NEOS - auf 6 Prozent angehoben.

Die Anhebung auf 6 Prozent haben ÖVP und FPÖ bereits beschlossen und an die EU-Kommission als eine verbindliche Maßnahme gemeldet. (Die FPÖ pudelt sich jetzt auf, aber die Wahrheit ist, sie hat diese Maßnahme gutgeheißen und beschlossen.)

Was bedeuten 6 Prozent statt 5,1 Prozent KV-Beitrag?

- Monatliche Bruttopension von 1.000 Euro: 2 Euro netto (auf Grund der Negativsteuer)
- Monatliche Bruttopension von 2.000 Euro: 11 Euro netto
- Monatlicher Bruttopension 3.500 Euro: 19 Euro netto

Es gibt drei entscheidende Unterschiede zur FPÖ-ÖVP-Vereinbarung

Die Einnahmen kommen den Pensionistinnen und Pensionisten zugute.

1. Die SPÖ hat sichergestellt, dass die zusätzlichen Einnahmen die Gesundheitsversorgung verbessern und nicht fürs Bundesbudget abgezogen werden. Das heißt, jeder Euro kommt der Gesundheit der Versicherten zugute (weniger Wartezeiten, mehr Angebote).
 2. Die SPÖ hat erreicht, dass die Rezeptgebühr nächstes Jahr nicht erhöht wird.
 3. Die SPÖ hat erreicht, dass die Obergrenze für Rezeptgebühren (2 Prozent vom Jahresnettoeinkommen) zu einer Obergrenze für Arzneimittelkosten wird. Das heißt, auch der Aufwand für verordnete Medikamente, die weniger kosten als die Rezeptgebühr werden eingerechnet.
- Beispiel: Eine Pensionistin mit 1.300 netto monatlich und Ausgaben von 362 Euro Rezeptgebühr im Jahr und zusätzlich 432 Euro für Arzneien, die derzeit nicht in die Rezeptgebühren-Obergrenze eingerechnet werden, erspart sich im Jahr 430 Euro.

Faire Pensionserhöhungen, Pensionskonto ist sicher, Antrittsalter wird nicht erhöht

Die SPÖ hat zudem alle Ideen von ÖVP und FPÖ, alle Pensionen zu kürzen (durch eine Anpassung unter der Inflationsrate, durch Eingriffe ins Pensionskonto aller Erwerbstätigen), genauso wie die Anhebung des Alterspensionsantrittsalters auf 67 Jahre, abgewendet.

AUS DER GEMEINDE

SPÖ KÄRNTEN

SPÖ Kärntnerstockturnier der SPÖ Gmünd in Kärnten

Bei herrlichem Kaiserwetter fand am Samstag, den 11. Jänner 2025 das traditionelle SPÖ Kärntnerstock - Turnier am Eislaufplatz Gries in Gmünd statt.

Vierzehn Moarschaften

Das 2. Eisstockturnier im heurigen Jahr konnte bei besten Eisverhältnissen durchgeführt werden, dafür sorgten der ER ASKÖ Gmünd unter Obmann Hannes Grünsangerl, Eismeister Christian Seiler und ihrem Team.

Es kämpften, fair und sportlich vierzehn Moarschaften um den begehrten Sieg.

Das Team „**CSILLA 4**“ gewinnt nach vielen spannenden Kehren das Turnier. Als Zweitplatzierte ging die Moarschaft „Schöntore Hatzer“ hervor. Dritte wurde die Moarschaft „Rosinas Lounge“.

Die weiteren Platzierungen:

4. Ofenideen
5. Mir 4
6. SPÖ Malta
7. Angelus Inferni
8. Die Anfänger
9. Liste Unimuck
10. Tschik Heinz
11. Gigler & Co
12. Perchtengruppe Treffenboden
13. 3 Eisfischer und der Beifang
14. SPÖ Gmünd

Jede teilnehmende Moarschaft konnte zufrieden mit einem großartigen Sachpreis nach Hause gehen. Vizebürgermeister Philipp Schober bedankte sich bei der Siegerehrung, gemeinsam mit den SPÖ-Gemeinderäten:innen Markus Stefan, Sylvia Petschar und Frank Muzikar bei den Sponsoren der Sachpreise und dem ER ASKÖ Gmünd für die Unterstützung und Durchführung der Veranstaltung, sowie bei Karl Feistritzer für die Übernahme der Punktwertung beim Turnier.



1. Platz: CSILLA 4



2. Platz: Schöntore Hatzer



3. Platz: Rosinas Lounge

Kindersilvesterwanderung begeisterte kleine und große Teilnehmer

Am Samstag, den 28. Dezember 2024, fand die traditionelle Kindersilvesterwanderung der SPÖ Gmünd statt. Zahlreiche Familien versammelten sich, um gemeinsam mit Fackeln durch die idyllische Winterlandschaft zu wandern. Die Route führte vom Ausgangspunkt über den Kalvarienberg bis zum Spielplatz am Schloßbichl und bereitete den jungen Teilnehmerinnen und Teilnehmern große Freude.

Die stimmungsvolle Wanderung, die jedes Jahr von der SPÖ Gmünd organisiert wird, war auch heuer wieder ein voller Erfolg. Besonders die Fackeln sorgten für eine besondere Atmosphäre und ließen die winterliche Landschaft in warmem Licht erstrahlen. Am Ziel angekommen, wurden die Kinder mit köstlichem Glücksschweinegebäck und heißem Kinderpunsch belohnt, während sich die Eltern mit einem wärmenden Glühmost auf das neue Jahr einstimmen konnten.

Mit dieser Veranstaltung möchte die SPÖ Gmünd traditionell mit den Familien das vergangene Jahr ausklingen lassen und gemeinsam auf ein glückliches und gesundes neues Jahr 2025 anstoßen. Die fröhli-

chen Gesichter der Kinder zeigten, dass diese schöne Tradition weiterhin großen Anklang findet und auch in Zukunft ein fixer Bestandteil des Jahresausklangs in Gmünd bleiben wird.



Hohe Parteigeburtstage

Am 15. Dezember 2024 durften wir unserem langjährigen Parteimitglied Christian Kainzner „Christl“ zum 90. Geburtstag recht herzlich gratulieren.

Wir wünschen dir weiterhin viel Gesundheit, Glück und Zufriedenheit! Vielen Dank für deine langjährige Treue zu unserer Bewegung!



„In Gmünd investiert da Conle in H2 sei letztes Leibl, Geschäftsführerin wird wahrscheinlich Alice Weidl?“

IDEEN, ANREGUNGEN, WÜNSCHE ... GESTALTE GMÜND MIT!

Ihr könnt uns jederzeit auch auf unserer Homepage gmuendinkaernten.spoe.at besuchen.

Schreibt uns eine Email unter spoe.gmuendkaernten@gmx.at.

Oder folgt uns auf Facebook [@spoegmuendkaernten](https://www.facebook.com/spoegmuendkaernten) oder Instagram [@spoe.gmuendkaernten](https://www.instagram.com/spoe.gmuendkaernten).



Foto: stock.adobe.com - thongsee

HERZLICHE EINLADUNG ZUR **1. MAIFEIER**

**BEGINN: 10 UHR
STOCKSPORTANLAGE GMÜND
GRIES AN DER LIESER**

Kinderhüpfburg und Kinderschminken

LIVE-Musik mit *Die Chrwürmer*

Schöne Tombola mit Sachpreisen

Die Veranstaltung findet bei jeder Witterung statt.

Für Speis und Trank ist bestens gesorgt!

**Auf ihren geschätzten Besuch freuen sich
die Gmündner Eisschützen.**